

Für eine starke LINKE im Bundestag

Wir stoßen täglich an die Grenzen, die uns die neoliberale Politik setzt. Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind wir überzeugt: Nur zusammen mit einer starken LINKEN im Bundestag sorgen wir für mehr soziale Gerechtigkeit. Dazu müssen wir uns mit den Reichen und Mächtigen anlegen. Soziale Gerechtigkeit geht nur mit Umverteilung. Niedriglohnssektor, Altersarmut, zu wenig Geld für Bildung oder immer mehr Stress auf der Arbeit: Es reichen keine kleinen Korrekturen, damit sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessern. Wir brauchen einen grundlegenden Politikwechsel!

Dazu fordert nur DIE LINKE:

■ Gute Arbeit für alle und Umverteilung von Arbeitszeiten

Abschaffung sachgrundloser Befristungen und ungeschützter Minijobs, Lohndumping durch Leiharbeit und Werkverträge verhindern. Senkung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit, Verteidigung der Ruhezeiten, Anspruch auf kurze Vollzeit mit Teillohnenausgleich, Mitbestimmung bei Arbeitsablauf, -organisation und -menge, Maßnahmen gegen Union Busting.

■ Höhere Löhne und Sozialleistungen

Stärkung der Tarifbindung durch Verhinderung von Tariffahrt und Erleichterung

der Allgemeinverbindlicherklärung, Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro, verlängertes Arbeitslosengeld I und eine bedarfsgerechte Mindestsicherung statt Hartz IV, weg mit den Zusatzbeiträgen in der Krankenversicherung.

■ Die gesetzliche Rente stärken

Anhebung des Rentenniveaus auf 53 Prozent, höhere Erwerbsminderungsrenten und eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro, Rückkehr zur Rente ab 65 Jahren oder ab 40 Beitragsjahren.

■ Umverteilen durch gerechte Steuern

Wiedereinführung der Vermögensteuer, Erhöhung der Erbschaftsteuer auf große Erbschaften auch bei Unternehmen und Anteilseignern, Entlastung der unteren und mittleren Einkommen bis 7.100 Euro brutto/Monat und Erhöhung des Spitzensteuersatzes, konsequent gegen Steuerflucht und für eine höhere Besteuerung der Konzerne.

■ Öffentliche Dienste und Leistungen stärken

Mehr Investitionen in Infrastruktur und mehr Personal z.B. bei Kitas, Schulen, Hochschulen, Krankenhäusern, im öffentlichen Verkehrswesen, gegen Privatisierung

etwa bei den Autobahnen, für Rekommunalisierungen, mehr sozialer Wohnungsbau und eine wirksame Mietpreisbremse.

■ Ein anderes Europa und einen gerechten Welthandel

Schluss mit der neoliberalen Kürzungspolitik und für eine Sozialklausel in den EU-Verträgen, konsequenter Widerstand gegen TTIP, CETA, TISA und ähnliche Freihandels- und Konzernschutzabkommen.

Nur DIE LINKE...

- hat ein konkretes Programm, das für Umverteilung steht.
- wird nicht durch Kapitaleigner finanziert.
- ist bereit, sich gegen Kapitalinteressen zu stellen.
- engagiert sich konsequent gegen Rassismus und Aufrüstung.
- steht für eine aktive Friedens- und Entspannungspolitik.

Nur DIE LINKE verteidigt im Bündnis mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sozialstaatliche Errungenschaften und will diese ausbauen. Eine Wende zu sozialer Gerechtigkeit, die diesen Namen auch verdient, kann es nur mit der LINKEN geben. Darum rufen wir auf: Wählt DIE LINKE für einen grundlegenden Politikwechsel!



Susanne Ferschl,
Bayerische Bundestags-
kandidatin,
NGG-Vorsitzende
im Allgäu

Fotoaktion im Social Web:
#WirWaehlenLinks

Erstunterzeichner/-innen:

Herbert Appel (BRV), Angela Bankert (GS), Annette Becker (KBRV- und BRV), Elke Behmer-Geisler (stellv. BRV), Andreas Bernig (GS), Christiane Bierbaum (ver.di-Frauenrat), Andreas Blechner (BRV), Nils Böhlke (GS), Achim Brandt (BRV), Carsten Büchling (BR), Hasan Cakir (KBRV), Elvis Capece (GS), Kathrin Dallmann (BRV), Raoul Didier (GS), Lars Dieckmann (GS), Jochen Dürr (Vors. FB 3 ver.di Bezirk Heilbronn-Neckar-Franken), Armin Duttine (GS), Gunter Ebertz (GS), Hajo Ehnes (PR), Ulrike Eifler (GS), Michael Erhardt (GS), Baki Erkoc (stellv. BRV), Hilmar Feisthammel (BRV), Susanne Ferschl (GBRV), Frank Firsching (GS), Sabine Gatz (GS), Axel Gerntke (GS), Murat Günes (BRV), Elke Hahn (GS), Roland Hamm (GS), Detlef Hense (GS i.R.), Günter Hoetzel (GS), Andreas Höppner (NGG-Regionsvorstand Magdeburg), Meike Jäger (GS), Katharina Kaupp (GS), Karoline Kleinschmidt (GS), Olaf Klenke (GS), Lutz Kokemüller (GS), Ralf Krämer (GS), Kim Lange (stellv. GBRV und BRV), Tim Lubecki (GS), Dana Lützkendorf (Vors. Landesbezirksfachbereichs-Vorstand Berlin-BBG 03), Walter Mann (GS), Paul Meichelböck (GS), Katrin Mohr (GS), Franz-Josef Mörsch (BRV), Dieter Nickel (GS), Konrad Ott (GS), Markus Philippi (GBRV), Annette Pum (BRV), Michael Quetting (GS), Cosimo-Damiano Quinto (GS), Marco Rafolt (GS), Wolfgang Räsche (GS), Kirsten Rautenstrauch (BRV), Sabine Reiner (GS), Brigitte Runge (GS), Stefan Sachs (GS), Robert Sadowsky (GS), Anton Salzbrunn (GS), Jens Schäfer (BRV), Heidi Scharf (GS i.R.), Peter Schmidt (GS), Horst Schmitthenner (GS i.R.), Jana Seppelt (GS), Bernd Spitzbarth (GS), Saskia Stock (GBRV- und EBRV), Manfred Sträter (GS), Holger Vermeer (GS), Albert Voll (BRV), Robert Weißenbrunner (GS), Claudia Weixler (GS), Gerhard Wick (GS), Hans-Peter Wieth (GS), Matthias Wilhelm (GS), Manuela Wischmann (BRV), Mario Wolf (GS), Manfred Zaffke (GS)

(Abkürzungen: GS: Gewerkschaftssekretär/-in, BR/PR: Betriebsrats/Personalratsmitglied, BRV/PRV: Betriebsrats/Personalratsvorsitzende/r)

Initiative „Gewerkschafter/-innen wählen links“

Aufruf unterschreiben unter www.gewerkschafterinnen-waehlen-links.de und Social-Media-Aktion unterstützen (#WirWaehlenLinks).



■ Zur Sache:

Die späte Rache der Agenda 2010: Rechte im Aufwind

Von Jan Richter

Beim Stichwort Agenda 2010 bekommen Sozialisten, Grüne, Konservative und Liberale leuchtende Augen. Beschäftigungszuwachs wird regelmäßig auf die Agenda-Politik unter Rot-Grün zurückgeführt. Jüngst erreichte die Zahl der Erwerbstätigen mit 44 Millionen einen neuen Höchststand. Ein genauer Blick auf die Zahlen zeigt jedoch zweierlei. Erstens: Die Entwicklung am Arbeitsmarkt folgt in erster Linie der Konjunktur – das sowohl vor, als auch nach der Agenda 2010. Verschieben haben sich allerdings die Wachstumskräfte von der Binnennachfrage hin zur Abhängigkeit vom Exportüberschuss. Zweitens: Die Agenda 2010 hat nachweislich nicht zu mehr Arbeit, sondern lediglich zu mehr prekärer Arbeit geführt. Es gibt heute genauso viel Arbeit wie vor 20 Jahren, nur teilen sich immer mehr Menschen den gleichen Umfang zu deutlich schlechteren Bedingungen. Die Angst vor Hartz IV und Sanktionen drängt die Menschen dazu, jeden noch so schlecht entlohnten Job anzunehmen. Gewinner sind jene, die von billiger Arbeit profitieren. Trotzdem bestimmen andere Themen die öffentliche Debatte: Trump, Terror oder Flüchtlinge. Im Wahlkampf lächelt Merkel erneut alles weg, für die kalten Herzen angeblicher Patrioten neuerdings sogar vor schwarz-rot-goldenem Hintergrund. Die neoliberale FDP ist zurück und die Grünen haben ihre Metamorphose zur CDU-light 2017 erfolgreich abgeschlossen. Die Sozialisten der SPD indes zeigen weder Skrupel noch Scham und kämpfen weiter für soziale Gerechtigkeit. Heute wissen wir, dass das

eine Drohung ist. Die Agenda 2010 ist längst als Synonym für ein völliges Desaster sozialdemokratischer Politik in die deutsche Nachkriegsgeschichte eingegangen. Durch ihr Abstimmungsverhalten über die Hartz-Gesetze und die Agenda 2010 haben Rot-Grün Hand in Hand mit Schwarz-Gelb ihre Ablehnung gewerkschaftlicher Positionen mehr als deutlich gemacht.

Gleichwohl entsteht zunehmend der Eindruck, dass die deutschen Gewerkschaften wieder eine besondere Nähe zur SPD pflegen wollen. Das ist irritierend und zugleich ein Schlag ins Gesicht derer, die seit über einem Jahrzehnt unter den Folgen der Agenda-Politik leiden und kein Bein auf den Boden kriegen. Den DGB-Gewerkschaften laufen die Mitglieder davon und unter den Verbleibenden zeigt eine zunehmende Anzahl eine auffällige Affinität, bei Wahlen ihre Stimme den Rechten zu geben. Permanente Deregulierung am Arbeitsmarkt, damit einhergehende Unsicherheit, größer werdendes Armutsrisiko und Hartz IV haben der Arbeiterklasse zugesetzt, ihr ihren Stolz und ihr Selbstvertrauen genommen. Die Spaltung unserer Gesellschaft und der Aufwind der Rechten wären nicht so möglich gewesen, wenn nicht Sozialisten sich Anfang des neuen Jahrtausends zur Speerspitze des Neoliberalismus gemacht hätten. Was also bleibt? Aktiv werden! Aktiv werden gegen diejenigen in Gesellschaft und Politik, denen diese Spaltung nützt. Solidarisch miteinander - im Betrieb, im Kiez oder in der Gewerkschaft!

Jan Richter ist Bundessprecher der AG Betrieb & Gewerkschaft und aktiv in der LAG Berlin

Gemeinsam stark!

Gewerkschaftspolitische Herausforderungen nach der Bundestagswahl

Aktionskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Fraktion DIE LINKE im Bundestag für Gewerkschaftsaktive, hauptamtliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie Betriebs- und Personalräte

20. Oktober 2017, Kassel, Philipp-Scheidemann-Haus

Unabhängig von der konkreten Regierungskonstellation nach der Bundestagswahl: Für Beschäftigte und ihre Gewerkschaften ebenso wie für die Fraktion DIE LINKE im Bundestag wird der Kampf für soziale Gerechtigkeit weitergehen. Nach der Wahl gilt es, Druck für die Umsetzung beschäftigtenfreundlicher Wahlversprechen zu machen, aber auch einzuschätzen, welche Themen von einer neuen Regierung gesetzt werden und welche kommenden Angriffe auf Beschäftigtenrechte es abzuwehren gilt. Wir wollen daher auf der Konferenz über die Kräfteverhältnisse nach der Bundestagswahl, die wichtigen Themen für Beschäftigte und gemeinsame Durchsetzungsperspektiven von Gewerkschaften und der LINKEN diskutieren. Die Aktionskonferenz soll dazu dienen, sich über die neue politische Situation auszutauschen, Potenziale von Gewerkschaften, Bundestagsfraktion und der RLS zu bündeln, gemeinsame Schwerpunkte zu entwickeln und gemeinsame Aktivitäten zu planen.

Eröffnung

Jutta Krellmann (Fraktion DIE LINKE): Gewerkschaften stärken, Mitbestimmung ausweiten, **Sybille Stamm** (Vorstand Rosa-Luxemburg-Stiftung): Herausforderungen gewerkschaftlicher Erneuerung, **Nicole Mayer-Ahuja** (SOFI Göttingen): Stand und Perspektiven der ArbeiterInnenbewegung – Das Neue Normalarbeitsverhältnis als strategischer Anker?

Arbeitsgruppen

Gute Rente für alle: Gemeinsam kämpfen für eine umfassende Rentenreform

Achim Kessler (Kandidat DIE LINKE für den Bundestag): Die gesetzliche Rente stärken, **Axel Gerntke** (1. Bevollmächtigter IG Metall Wiesbaden): Die Diskussion um (Betriebs-)renten in der IG Metall, **ver.di**: Betriebsrenten im TVL (prekären) Bereich

Raus aus dem Dauerstress: Arbeitszeit umverteilen

Jutta Krellmann (Fraktion DIE LINKE): Gesetzliche Regulierung der Arbeitszeit als Mittel gegen psychische Belastungen von Beschäftigten, **Robert Weißenbrunner** (1. Bevollmächtigter IG Metall Hanau-Fulda, angefragt): Arbeitszeit in der Tarifrunde M&E, **Stefan Jagel** (ver.di FB 3, Augsburg): Arbeitshetze, Rufen aus dem Frei, Überstunden und unbezahlte Mehrarbeit. Auseinandersetzungen um Arbeitszeit im Gesundheitsbereich

Es reicht! In die Offensive gegen Niedriglöhne, prekäre Beschäftigung und Tarifflucht

Klaus Ernst (Fraktion DIE LINKE): Tarifbindung ohne tarifdispositive Regelungen stärken, **Karin Zennig** (ver.di FB Einzelhandel, angefragt): Kämpfe im Einzelhandel und die Kampagne zur Allgemeinverbindlichkeit, **IGM:**

Erschließungsprojekte in der Leiharbeit

Politisches Mandat gemeinsam nutzen: Sparpolitik stoppen – Öffentliche Daseinsvorsorge stärken – Gute Arbeit durchsetzen

Bernd Riexinger (Kandidat DIE LINKE für den Bundestag): Das politische Mandat gemeinsam nutzen!, **Kai Eickler-Wolf** (DGB): Politische Argumente in der Tarifbewegung im TVÖD, **Grit Wolf** (ver.di Betriebsgruppe Charité Berlin): Mehr von uns ist besser für alle. Zur Auseinandersetzung für mehr Personal im Krankenhaus

Neue Herausforderungen durch AfD, Pegida und gesellschaftlichen Rechtsruck: Sozialen Spaltungen und Rassismus entgegenzutreten

Richard Detje (Wissenstransfair): Rechtspopulismus und Gewerkschaften: Empirische Befunde und Gegenstrategien, **Jana Seppelt** (ver.di, angefragt): Erfahrungen antirassistischer Arbeit in und mit den Gewerkschaften am Beispiel der Initiative „Aufstehen gegen Rassismus“, **Mark Haarfeldt** (Gelbe Hand, angefragt): Erfahrungen antirassistischer Arbeit in und mit den Gewerkschaften am Beispiel der Initiative „Gelbe Hand“

Podiumsrunde

Gewerkschaftliche und politische Kämpfe verbinden – das politische Mandat der Einheitsgewerkschaft.

Bernd Riexinger (Vorsitzender DIE LINKE), **Hans-Jürgen Urban** (IG Metall Vorstand), **ver.di**



Gute Arbeit für alle statt hohe Profite für Wenige!

Vorschlag einer gemeinsamen Initiative für ein „Neues Normalarbeitsverhältnis“

Millionen Menschen in Deutschland wünschen sich bessere Löhne, sichere Arbeitsplätze, weniger Stress und Arbeitszeiten, die mit ihrem Leben vereinbar sind. Wie auf diese Wünsche, Sorgen und Forderungen der Vielen politisch reagiert werden kann, darüber sprachen wir mit **Bernd Riexinger**, Parteivorsitzender und Spitzenkandidat von DIE LINKE zur Bundestagswahl 2017

Im Wahlkampf scheint gute Arbeit ein Randthema zu sein. Wie erklärst du dir das?

BERND RIEXINGER ■ Die CDU versucht das Thema aus dem Wahlkampf zu verdrängen und setzt auf ein „Weiter so“. Ihre Kampagne wärmt das alte Märchen auf: Wenn es den Unternehmen gut geht, geht es allen gut. Dabei beruht das angebliche Jobwunder vor allem auf Leiharbeit, Minijobs und befristeten Teilzeitstellen, mit denen die Beschäftigten keine Zukunft aufbauen können. Die SPD hat zu Beginn eine Abkehr von der Agenda 2010 angedeutet – aber davon ist fast nichts übrig geblieben. An Niedriglöhnen unter 12 Euro, Tarifflucht und dem Dauerstress mit ständiger Erreichbarkeit und unbezahlten Überstunden wollen die Sozis offenbar nichts ändern. Da lassen wir nicht locker: DIE LINKE macht gute Löhne und Arbeitsbedingungen zusammen mit Rente und Gesundheitsversorgung zu den Wahlkampfthemen am Infostand, an den Haustüren und bei Verteilaktionen vor Betrieben.

Bernd, du hast ein umfassendes Konzept für ein „Neues Normalarbeitsverhältnis“ vorgelegt. Was hat es damit auf sich und an wen richtet es sich?

Es geht um das, was in einem reichen Land selbstverständlich sein muss: Eine existenzsichernde, gut entlohnte, sinnvolle und selbstbestimmtere Arbeit und eine sichere Zukunft für alle Menschen – im Erwerbsleben und im Rentenalter. Arbeit darf nicht krank machen, muss planbar, unbefristet und tariflich abgesichert sein. Unser Konzept lässt sich gut auf den Punkt bringen: Wir stehen für gute Arbeit für alle. Es ist ein Vorschlag an die Vielen, die jeden Tag arbeiten – ob im Blaumann, Krankenhauskittel, mit Wischmob oder am Laptop ist dabei egal – die Vielen, die unterschiedliche Erfahrungen machen und doch eine gemeinsame Grundlage haben, weil sie zusammen jeden Tag die Gesellschaft am Laufen halten und verändern.

Es geht also nicht mehr nur um den männlichen Industriearbeiter?

Richtig. Unser Konzept für ein Neues Normalarbeitsverhältnis gilt für alle,

also Männer wie Frauen, Migrant/innen und Einheimische – ohne Ausnahmen. Es geht um Solidarität in einer sich immer weiter spaltenden Arbeitswelt. Unser Konzept ist geeignet, die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten zu verbessern; von den prekär Beschäftigten über Solo-Selbständige bis zu den Millionen Beschäftigten, die noch unbefristet arbeiten und unter den Schutz eines Tarifvertrags fallen. Nur wenn wir prekäre Arbeit und Niedriglöhne abschaffen und soziale Absicherung für alle erkämpfen, werden der ständigen Erpressung der Kernbelegschaften, dem Druck auf Löhne, Tarifverträge und Renten wirklich dauerhaft Grenzen gesetzt. Die ausufernde prekäre Beschäftigung ist dabei eine Riesenherausforderung. Um Stundenverträge und unfreiwillige Teilzeit zu verhindern, setzen wir uns für das Recht auf Erhöhung der Arbeitszeit und für das Recht einer Mindestzahl von 22 Wochenstunden im Arbeitsvertrag ein. Dazu kommen Konzepte zur Regulierung von Werkverträgen, Solo-Selbständigkeit und digitaler Arbeit in der crowd.

2015 gab es laut IAB 816 Millionen bezahlte und 997 Millionen unbezahlte Überstunden. Das ist nicht gesund und dazu noch ungerecht verteilt.

Ganz genau. Während einige Beschäftigte fast zwei Milliarden Überstunden leisteten, sind gleichzeitig drei Millionen Menschen erwerbslos und meist Frauen werden in geringe Teilzeitjobs abgedrängt. Für eine gerechte Verteilung der Arbeit brauchen wir eine Arbeitszeitverkürzung. Wir wollen eine kurze Vollzeit für alle, die Beschäftigte zwischen 28 und 35 Stunden je nach Lebensphase und Zeitwünschen gestalten können, also Arbeitszeiten um die 30-Stunden-Woche herum – natürlich mit Lohnausgleich. Das ermöglicht Vollbeschäftigung und eine gerechte Verteilung der Arbeit.

Also unterschiedliche Lebensphasen absichern und selbstbestimmtere Arbeitszeiten ermöglichen?

Ja, denn Arbeit muss um das Leben kreisen, statt das Leben um die Arbeit. Das alles ist heute in unserem reichen



und hoch produktiven Land ohne Weiteres möglich, wenn wir eine grundlegend andere Regulierung des Arbeitsmarktes durchsetzen. DIE LINKE macht konkrete Vorschläge, die unmittelbar weiterhelfen. Wir wollen Arbeitgeber verpflichten, Überstunden und Schichtarbeit mit zusätzlichem Freizeitausgleich auszugleichen. Unser Prinzip lautet: Mehr Personal statt Überstunden! Dazu brauchen auch Betriebs- und Personalräte umfassende Mitbestimmungsrechte bei Personaleinsatz, Zielvorgaben und Arbeitsplanung.

Überzeugende Alternativen zur herrschenden Politik zu haben, ist immer gut. Aber wie soll das alles durchgesetzt werden?

Der Kampf gegen prekäre Arbeit muss sowohl auf der betrieblichen, der tariflichen und der politischen Ebene geführt werden. Es ist wichtig, dass die betrieblichen Auseinandersetzungen gegen prekäre Arbeit, Tarifflucht und Dauerstress intensiviert und verbreitert werden. Es gibt dafür schon viele Beispiele: Von den Auseinandersetzungen bei Amazon, über die Organisation von Leiharbeitern bis hin zu den Kämpfen für mehr Personal auf Flughäfen und in Krankenhäusern. Diese Kämpfe werden jedoch kaum oder gar nicht gebündelt und es gibt derzeit zu wenig Bemühungen der Gewerkschaften, diese Kämpfe auf einer politischen Ebene zu führen. Das halte ich aber für eine Schicksalsfrage der Gewerkschaften.

Sind Gewerkschaften durch prekäre Arbeit, zurückgehende Tarifbindung und Mitgliederschwund dazu verdammt, zukünftig nur noch Abwehrkämpfe zu führen?

Die Erfahrung der letzten Jahre ist: Wichtige betriebliche und tarifliche Auseinandersetzungen führten durchaus zu Erfolgen, konnten den Prozess der Prekarisierung insgesamt aber nicht aufhalten. Ohne eine politische Offensive für ein Neues Normalarbeitsverhältnis bleiben die alltäglichen Auseinandersetzungen in den Betrieben immer Abwehrkämpfe, eine Sisyphusarbeit gegen drohende Verschlechterungen. Lohndumping und prekärer Arbeit liegt eine Spaltung der Arbeitswelt zu Grunde, die nicht mehr alleine durch betriebliche und tarifpolitische Auseinandersetzungen überwunden werden kann. Deshalb braucht es dringend eine politische Kampagne der Gewerkschaften und ihrer gesellschaftlichen Bündnispartner, die von aktiven Beschäftigten getragen und unterstützt wird.

Was schlägst du als nächste Schritte vor?

Natürlich kann ein so anspruchsvolles Programm für ein Neues Normalarbeitsverhältnis nicht von heute auf morgen durchgesetzt werden. Aber Veränderungen sind möglich, wenn es uns gelingt, die Mehrheit der Beschäftigten davon zu überzeugen, über politische Unterschiede hinweg. Dass das möglich ist, zeigt das Beispiel Mindestlohn. Es braucht eine Verständigung, welche Forderungen und Ziele als erste angegangen werden sollen. Dazu wollen wir 2018 zu einer Konferenz mit den Schwerpunkten Stärkung der Tarifbindung, Kampf gegen prekäre Arbeit und Dauerstress sowie eine neue Arbeitszeitinitiative einladen. Gewerkschafter/innen in der LINKEN können mit Veranstaltungen, Verteilaktionen und Diskussionen viel dazu beitragen, die Initiative bekannt zu machen – auch die AG Betrieb & Gewerkschaft.

Frank Büchner

„Wenn Sie was Ordentliches gelernt haben, dann brauchen Sie keine drei Minijobs.“

So die knappe Antwort des CDU-Generalsekretärs Peter Tauber auf die Frage eines Twitter-Nutzers, ob das CDU-Wahlversprechen von der Vollbeschäftigung für ihn persönlich denn künftig drei Minijobs bedeute. Soziale Kälte auf Trump-Niveau mit nur 79 Zeichen. DIE LINKE hat jüngst im Bundestag eine Anfrage zu Minijobs gestellt. Die Antwort der Bundesregierung ist deutlich: Letztes Jahr gab es 7,6 Millionen geringfügig Beschäftigte. Deren Anteil an allen Beschäftigten hat zugenommen und lag bundesweit bei 23 Prozent. Damit hatte fast jeder vierte abhängig Beschäftigte 2016 einen Minijob. Während die Anzahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten mit 4,8 Millionen leicht rückläufig ist, benötigen immer mehr Menschen neben ihrer Haupterwerbstätigkeit einen Zweitjob. Um über die Runden zu kommen, hatten 2,7 Millionen Beschäftigte zusätzlich zu ihrem Hauptjob noch einen Minijob – Tendenz steigend. Die meisten Minijobs gibt es mit rund 900.000 im Einzelhandel, gefolgt von der Gastronomie, der Gebäudebetreuung und dem Gesundheitswesen.

Scherbenhaufen sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik

Als Minijobs im Zuge der Hartz-Gesetzgebung eingeführt wurden, zielten diese auf unbeschäftigte Frauen und Langzeiterwerbslose ab – als Weg hin zu geregelter Arbeit. Für die 4,5 Millionen Frauen mit Minijob endete er in einer Sackgasse. Selbst das Bundesfamilienministerium kommt zu dem Ergebnis, dass Frauen zwar das flexible und steuerbegünstigte Modell schätzen, aber je länger und je öfter Frauen in Minijobs arbeiten, desto weniger Chancen auf eine Voll- oder selbst Teilzeitbeschäftigung haben sie. Obendrein fördern Minijobs ein überholtes Familienmodell mit dem Mann als Ernährer und der Frau als Zuversicherer.

Zwei Drittel der Minijobenden liegen mit ihrem Lohn von durchschnittlich 9,40 Euro unterhalb der Niedriglohnschwelle von 10 Euro. Laut Bundesregierung benötigten Lohnabhängige jedoch heute schon einen Stundenlohn von mindestens 11,85 Euro, um nach 45 Versicherungsjahren im Alter nicht in der Grundsicherung zu landen. Daher ist es auch kein Zufall, dass die Menschen mit Minijob immer älter werden: Fast ein Viertel ist älter als 60 Jahre und die Zahl der Minijobenden im Rentenalter lag 2016 bei über einer Million. Damit hat sich die Zahl derer, die im Alter von 65 Jahren oder mehr noch einem Minijob nachgehen, in den letzten zehn Jahren verdreifacht.



Pascal Meiser, Berliner Bundestagskandidat für DIE LINKE in Friedrichshain, Kreuzberg und Prenzlauer Berg Ost

Die Ausbreitung von Minijobs ist Ausdruck einer völlig verfehlten Arbeitsmarktpolitik im Bund. Zudem treibt die zunehmende Altersarmut immer mehr Rentnerinnen und Rentner zur Annahme schlecht bezahlter Minijobs. In Berlin, der „Hauptstadt der schlechten Arbeit“, werden inzwischen selbst immer mehr Uni-Absolventen in prekäre Arbeitsverhältnisse getrieben. Es wird dringend Zeit für einen Wechsel in der Arbeitsmarktpolitik: Minijobs müssen in sozialversicherte Beschäftigung umgewandelt werden. Berlin braucht gute Arbeit statt schlecht bezahlter Jobs. Das hilft den Beschäftigten und dem Land Berlin, das die niedrigen Löhne aufstocken muss und damit Arbeitgeber subventioniert.



Jutta Krellmann, gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Der ganze Agenda-Mist, zu dem Minijobs gehören, hat nicht mehr Arbeit geschaffen. Die Arbeit wird nur auf mehr Köpfe verteilt; und das allzu oft in nicht existenzsichere Minijobs. Wenn 4,3 Millionen Minijobende mindestens einen Berufsabschluss haben, dann ist die Prekarisierung und Verarmung politisch gewollt. Christliche und sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik bedeutet: Billige und flexible Arbeitskräfte. Damit muss Schluss sein! Die Politik muss wieder den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Arbeit muss ab der ersten Stunde der vollen Sozialversicherungspflicht unterliegen. Das würde nicht nur den Beschäftigten helfen, sondern auch zu einer tragfähigen Finanzgrundlage der Sozialversicherungssysteme beitragen.

Subventionierung der Wirtschaft durch die Hintertür

Minijobs verdrängen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Der Staat verzichtet gleichzeitig auf Sozialversicherungsbeiträge, denn die werden in dieser Erwerbsform nicht abgeführt. Da aber niemand von einem Minijob leben kann, steigen gleichzeitig die Ausgaben der Sozialversicherungen, 2015 zuletzt bei Bedarfsgemeinschaften mit mindestens einem ausschließlich geringfügig Beschäftigten auf 4,58 Milliarden Euro. Wenn im Einzelhandel mit seinen knapp drei Millionen Beschäftigten ein Drittel von einem Minijob darbt und am Monatsende aufstocken muss, erklärt das zumindest, warum sich gleichzeitig unter den zehn reichsten Deutschen allein fünf Händler befinden. Und es zeigt, wie Kapitalismus funktioniert und welche Rolle der Gesetzgeber darin einzunehmen hat.

Aber zurück zu Tauber und seinem Tweet: Hat denn keiner was Ordentliches gelernt? Lediglich jeder fünfte Minijobende hat keinen Berufsabschluss. Tatsächlich verfügt die Hälfte der Minijobenden über einen anerkannten Berufsabschluss. Eine halbe Million hat sogar einen akademischen Abschluss. Also entweder kann Tauber nicht rechnen oder er hat keine Ahnung von unserem Arbeitsmarkt. Zu befürchten ist allerdings, dass ihm diese Erwerbstätigen schlichtweg einfach egal sind.



Frank Büchner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Mitglied der IG Metall

Christian Christen

Wirtschaftspolitik konkret

Leerstellen füllen, Kenntnisse erweitern und breiter kommunizieren

Offt haftet Wirtschaftsthemen in unserer Partei ein negativer Beigeschmack an. Alle Menschen sollen in gut entlohnte, abhängige Beschäftigungsverhältnisse integriert werden, selbstständige Erwerbsformen fristen ein Nischendasein und Unternehmen werden meist als klein-/mittelständische Einheiten positiv überhöht oder perspektivisch nur als Genossenschaften gedacht. Große Unternehmen gilt es direkt zu verstaatlichen. So lassen sich viele wirtschaftspolitische Debatten nicht bestehen, da wir schlicht an ihnen vorbeireden, wie z. B. bei der Produktion und Wertschöpfung, technologischen Entwicklungen oder strukturellen Brüchen in ganzen Branchen. Hier helfen keine abstrakten Metaerzählungen von der großen Transformation des Kapitalismus – mögen sie noch so berechtigt sein. Hier werden die Ebenen verwechselt. Im politischen Alltag ergeben sich daraus keine praktischen Antworten, die über eine Sicherung von Beschäftigung und Einkommen des Status Quo hinausgehen.

Unzweifelhaft gibt es die politische Diffamierung und den bewussten medialen Ausschluss linker Positionen, aber eben auch die argumentative Selbstbeschränkung. Ersteres ist nicht eigenständig zu ändern, letzteres hat DIE LINKE selbst in der Hand. Wir sollten uns nicht leichtfertig der Möglichkeit berauben, über unser Stammklientel und uns gewogene Sympathisanten hinaus gehört zu werden. Ein Orientierungsansatz bietet die Konzentration vorhandener Forderungen und Überlegungen auf die „Mehrheit der Vielen“, wie es die jüngste Labour-Kampagne in Großbritannien erfolgreich zeigte. Hier ging es nicht allein um die Mehrheit der Beschäftigten, Steuerzahler oder Verbraucher im Unterschied zu den Eliten. Es ging auch um die vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen, Selbstständige und Freiberufler, die immer mitgedacht und angesprochen werden können. Sinnvoll und kritisch.

Umbrüche in der Automobilindustrie und im Einzelhandel

In der Automobilindustrie steht ein Mobilitätswandel an, dessen technologische wie ökonomische Änderungen außerhalb Deutschlands weit fortgeschritten sind. Entwicklungen der Antriebs- und Speichertechnologie und neue Akteure, neue Mobilitätsdienstleistungen, Car Sharing und ein verändertes Konsum- und Nutzungsverhalten sind hier zentrale Faktoren. Nun kann man die Umbrüche weiter abwarten, um dann bei Zuspitzung – wenn die Werke geschlossen werden – relativ hilflos Beschäftigungssicherung und öffentliche Bürgschaften po-

litisch anzumahnen. So kritisiert man aber höchstens moralisch und ohne eigene progressive Zielsetzung. Die Forderung, alle steigen jetzt aufs Rad um, ist angesichts der berechtigten Ängste und Sorgen vieler Beschäftigter, sowie der ökonomischen Konsequenzen des Strukturbruchs, eher dürftig und letztlich auch apolitisch. Es geht nicht um ein „entweder oder“, sondern um ein „sowohl als auch“, um hier als DIE LINKE öffentlich vorzukommen und überhaupt ernst genommen zu werden.

Im Einzelhandel beschleunigt die zunehmende Konzentration, kombiniert mit dem wachsenden Onlinehandel, einen Strukturbruch im Handel und der Logistikbranche – mit städtebaulichen und zugleich verkehrspolitischen Folgen. Schon heute kann man viele der kommenden Entwicklungen von den Großstädten bis ins Dorf beobachten, die unterschiedliche Fragen aufwerfen: Wie wird die Versorgung mit Produkten und Dienstleistungen jenseits der Ausweitung des Lieferverkehrs überhaupt möglich?

Wie weit wird der Zuzug in die Großstädte und Metropolenregionen die Zersiedlung und das Sterben im Einzelhandel fördern? Lassen sich die massiven Wettbewerbsvorteile von Amazon und Co. praktisch noch abbauen und wenn ja, wie? Wir brauchen Antworten darauf, wie Leben und Wirtschaft jenseits der Belieferung über zentrale Logistik- und Verteilzentren möglich wird und welche städtebaulichen Konsequenzen sich aus der radikalen Schrumpfung des stationären Handels und der Dienstleistungsanbieter vor Ort ergeben.

Herausforderungen wirtschaftspolitischer Diskussion in der LINKEN

DIE LINKE muss wirtschaftspolitische Diskussionen konkreter führen: Wie ist die Digitalisierung der Produktion und wie sind technologischen Entwicklungen und deren Einsatz etwa bei personennahen Dienstleistungen (u.a. E-Health, Pflege) und der Vernetzung (Smart Grid, Smart Mobility etc.) einzuordnen? Unsere Antworten,

Ideen und Konzepte sollten dabei über die Utopie vom Ende der Arbeitsgesellschaft und Überwindung des Kapitalismus durch Robotik, Computernetzwerke und Softwarelösungen hinausgehen. Wie sich DIE LINKE eine gerechte und friedliche Gesellschaft vorstellt, ist idealtypisch vielleicht manchen noch klar. Wie aber für diese Gesellschaft in den nächsten Jahren geforscht, was, wie und warum dazu finanziert werden soll, wie von wem produziert und welche Dienstleistungen bereitgestellt werden sollen, ist dagegen kaum ausgeführt. Hier liegen inhaltliche Leerstellen, die es mit positiven Bildern und eigenen Zielsetzungen zu füllen gilt.



Dr. Christian Christen ist Referent für Wirtschaftspolitik in der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Klaus Ernst

Organisierte Lohndrückerei

Die Leiharbeitsbranche boomt und spielt inzwischen eine fatale Rolle auf dem Arbeitsmarkt. Während die Arbeitgeber davon profitieren, haben eine Million Leiharbeiter das Nachsehen: Sie werden mit Dumpinglöhnen abgespeist, haben schlechtere Arbeitsbedingungen und ein höheres Krankheitsrisiko. Zudem ist die Wahrscheinlichkeit, nach kurzer Zeit erneut arbeitslos zu sein, ist sehr hoch. Hieraus den Absprung zu schaffen, gelingt den Wenigsten. Meine letzte Anfrage im Bundestag hat bestätigt, dass Leiharbeit durch sehr kurze Einsätze geprägt ist. Knapp mehr als die Hälfte der beendeten Arbeitsverhältnisse dauern weniger als drei Monate. Während ein Stammbeschäftigter in Vollzeit durchschnittlich 3.133 Euro im Monat verdient, bleiben dem Leiharbeiter für die gleiche Arbeit 1.816 Euro. Die Hälfte der Leiharbeiter, deren Einsatz beendet wurde, ist nach 30 Tagen noch immer ohne Arbeit. Nur jeder Vierte hat im gleichen Zeitraum einen Job jenseits der Leiharbeit gefunden. Jeder Fünfte, der aus der Arbeitslosigkeit in Arbeit kommt, landet über Vermittlungen durch die Jobcenter und Arbeitsagenturen direkt wieder in der Leiharbeit und fängt bei null an.

Sozial gerecht geht nur mit DIE LINKE

Die SPD hätte letztes Jahr die Chance gehabt, Leiharbeit schärfer zu regulieren. Stattdessen hat sie die Lage per Gesetz noch verschlechtert. Dabei wäre es mit uns jedoch möglich gewesen, Leiharbeit mindestens so zu regulieren wie in Frankreich: Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit ab dem ersten Einsatztag – plus zehn Prozent Flex-Zuschlag. Hätten wir zu-

mindest schon mal das, würde der ein oder andere Arbeitgeber vielleicht davon absehen, Leiharbeiter in seinen Betrieb zu holen und stattdessen das tun, was er eigentlich soll – nämlich die Leute fest einstellen.

Leiharbeit hat sich als prekäre Beschäftigungsform etabliert und ist geprägt durch kurze, sich aneinander reihende Arbeitsverhältnisse mit niedrigen Löhnen. Wen wundert es da noch, dass Leiharbeiter häufiger krank sind? Sie bekommen in der Regel die schlechteren Jobs und die körperlich schwerere Arbeit. Zusätzlich haben sie mit psychischen Belastungen zu kämpfen. Denn sie leben in einer unsicheren Situation und wissen nicht, wie lange sie im jeweiligen Betrieb tatsächlich beschäftigt sind. Sie verdienen weit weniger. Auch das belastet, wenn man nicht weiß, wie man mit weniger Geld seine Miete zahlen kann, sein Leben einigermaßen vernünftig organisieren kann. Leiharbeiter leben in permanenter Unsicherheit und in Sorge. Das alles führt mich zu dem Fazit, dass Leiharbeit überflüssig ist wie ein Kropf. Leiharbeit gehört verboten. Dazu finden wir bisher keinen Partner.



Klaus Ernst ist stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und Mitglied der IG Metall

 **Peter Tauber** @petertauber Folgen

Antwort an @Golo677 @welt

Wenn Sie was ordentliches gelernt haben, dann brauchen Sie keine drei Minijobs.

13:00 - 3. Juli 2017

360 Retweets 385 „Gefällt mir“-Angaben



Nicole-Babett Heroven

Was Solidarität wert ist

Es tut gut, wenn man mal was abgeben kann“, sagt Robert Knauerhase zufrieden. Der Mittdreißiger ist Pförtner im Bundestag und hat gemeinsam mit seinen Kolleg/innen des Einlasskontrolldienstes die stolze Summe von 1.700 Euro gespendet – an Kinderlächeln e.V., einen Verein, der krebserkrankte Kinder unterstützt. „Wir wollten Solidarität, die uns widerfahren ist, weitergeben“, erklärt er.

Mit Solidarität meint er vor allem die seines Kollegen Heiko Geiger, der seit über acht Jahren mit ihm über die Eingänge des Bundestages wacht, meist als sogenannter „Springer“, immer in anderen Gebäuden des weitläufigen Parlamentsviertels. Jeden Tag muss er, wie viele andere seiner Kolleg/innen, weite Wege im immer größer werdenden Gebiet der Bundestagsliegenschaften zurücklegen, um von seinem Umkleideraum zum Dienstort zu gelangen. Die innerbetriebliche Wegezeit wurde immer länger, jedoch nicht die Zeit, die die Bundestagsverwaltung als Arbeitszeit anerkannte. Das, dachte sich Geiger, müsste doch mal angepasst werden, und machte das Anliegen im Personalrat zum Thema.

Die Bundestagsverwaltung zeigte sich allerdings alles andere als gesprächsbereit: „Über ein Jahr lang hat die Verwaltung uns hingehalten“, berichtet Oliver Trampler, der die Pförtner/innen als Mitglied des Personalrats vertritt. Er ist enttäuscht: „Gesprächen aus dem Weg zu gehen, ist keine gute Kultur.“ Letztlich sei nur der Klageweg geblieben. Geiger war dazu bereit, stellvertretend für seine Kolleg/innen die Bezahlung der Wege- und Umkleidezeit vor Gericht zu erstreiten. Leicht sei es ihm nicht gefallen, sagt er: „Seinen Arbeitgeber zu verklagen, ist schon ein großer Schritt.“ Dabei sei es ihm aber nie um fünf Minuten gegangen. Das habe der Personalrat in verschiedenen Vorschlägen an die Verwaltung immer wieder deutlich gemacht: „Es geht um Gerechtigkeit, um Wertschätzung und Gleichbehandlung.“

Das verstanden auch Abgeordnete und Beschäftigte der Bundestagsfraktion DIE LINKE, die auf den Konflikt mit der Verwaltung aufmerksam wurden und Unterstützung anboten. Die bekamen die Kolleg/innen dann – meist durch Ratschläge und Einschätzungen, aber auch konkret: Petra Site, parlamentarische Geschäftsführerin, brachte das Anliegen des Einlasskontrolldienstes im Ältestenrat des Bundestages zur Sprache und drängte auf eine außergerichtliche Lösung im Sinne der Beschäftigten. Jutta Krellmann, gewerkschaftspolitische Sprecherin, bereitete in mehreren Gesprächen den Gerichtstermin vor. Und auch die Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht unterstützte Geiger,



Heiko Geiger (l.) und Robert Knauerhase freuen sich über den Erfolg



Mitarbeiter des Einlasskontrolldienstes übergeben den Scheck in Höhe von 1.700 Euro an den Verein Kinderlächeln e.V.

Jutta Krellmann

Kämpfe im Kleinen unterstützen

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Das haben die Pförtner/innen im Bundestag eindrucksvoll bewiesen. Es ist wichtig, die Menschen, die sich in diesen Konflikten begeben, aktiv zu unterstützen. Als Gewerkschaftssekretärin habe ich die Erfahrung gemacht, dass es ohne solidarisches Handeln nicht geht. Gewerkschaftliche Kämpfe finden oft direkt in unserem Umfeld statt. Es ist oft nicht die Großdemonstration oder Tarifrunde mit Tausenden von Leuten. Es sind die kleinen, aber nicht minder wichtigen Scharmützel zwischen Kapital und Arbeit, die tagtäglich stattfinden – und gerade diese verdienen und brauchen Unterstützung. Für die Pförtner/innen im Bundestag haben wir Solidaritätserklärungen geschrieben und Gespräche mit der Verwaltung geführt. Ich habe eine Rede auf der Demo der Beschäftigten des Fahrdienstes im Bundestag gehalten, die ausgegliedert werden sollen. Wir haben den Gewerkschaftssekretären der IG BAU Zugangsberechtigungen für den Bundestag ausgestellt, damit sie hier ungehindert ihre Leute betreuen können. Wir LINKE-Abgeordneten haben eine Abgeordnetengemeinschaft geschaffen, damit unsere Beschäftigten die Möglichkeit haben, einen Betriebsrat zu gründen und dadurch Mitbestimmungsrechte haben und ihre Interessen gegenüber uns vertreten können. Das alles wird nicht die ganze Welt verändern. Ich habe aber die Vorstellung von einer gerechteren Welt und bin überzeugt davon, dass man diese Welt verändern kann und muss. Daher fange ich im Kleinen an. Unterstützt euch gegenseitig und haltet zusammen.

Jutta Krellmann, gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

sprach ihn direkt an seinem Arbeitsplatz an der Pforte auf den Konflikt an. „Das hat mich riesig gefreut und mir sehr viel Mut gemacht“, erzählt er, noch immer bewegt. „Und auch für die Kolleg/innen war das ein gutes Signal: Wir sind nicht allein, selbst Menschen wie Frau Wagenknecht unterstützen uns.“ Besonders hoch rechnen sie den drei Abgeordneten an, dass sie kurz vor der Gerichtsverhandlung eine offizielle Solidaritätserklärung veröffentlichten: „Das hat sonst niemand gemacht, sich öffentlich mit ihrem Namen hinter uns zu stellen und zu sagen, warum unser Anliegen auch ihnen wichtig ist.“

Vor Gericht hatte die Klage Erfolg. Das Urteil bestätigte nicht nur in vollem Umfang die geforderte Anpassung von 20 Minuten bezahlter innerbetrieblicher Umkleide- und Wegezeit, sondern stellte im Urteil ganz klar heraus, dass der Kläger eigentlich noch mehr Zeit – 24 Minuten – hätte geltend machen können. Das Arbeitsgericht schlug deshalb vor, für die innerbetrieblichen Wegezeiten eine entsprechende Pauschale zu vereinbaren, die nunmehr zur bezahlten Arbeitszeit gehören. Und das Gericht entschied darüber hinaus, dass diese Zeiten für alle Kolleg/innen vom Einlasskontrolldienst nachgezahlt werden müssen – rückwirkend für drei Jahre. Für viele Beschäftigte kommt dadurch ein ganzes Monatsgehalt zusammen. „Wir haben damit für uns ein recht hohes Niveau erreicht“, ist Geiger sich bewusst. Sein Kollege Knauerhase pflichtet ihm bei und stellt klar: „Dieser Erfolg, den wir nicht gehabt hätten, wenn unser Kollege das nicht auch für uns erstritten hätte, hat uns bewusst gemacht, was Solidarität wert ist. Und da kam uns der Gedanke, dass wir das weitergeben müssen.“

Gemeinsam suchten die Kolleg/innen ein Projekt, bei dem ihre Spende möglichst komplett bei denen ankommt, die ihre Hilfe brauchen. Ein Besuch beim Verein Kinderlächeln e.V. und der Kinderkrebstation im Klinikum in Berlin-Buch ließ sie nicht lange zögern: „Es ist beeindruckend, wie die Kinder mit ihrer Krankheit umgehen“, erzählt Geiger. „So eine Lebensfreude, obwohl die Eltern nicht die ganze Zeit bei ihnen sein können – das wollten wir von Herzen unterstützen.“

Im Original erschienen in clara Nr. 44/2017



Nicole-Babett Heroven ist Onlineredakteurin der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Nach oben bückt man sich nicht

Didier Eribons „Rückkehr nach Reims“ wird innerhalb der Linken viel gelobt und diskutiert. Die Zeitschrift marx21 sprach mit dem Soziologen Thomas Goes, der wie Eribon aus einer Arbeiterfamilie stammt und heute an der Uni forscht, über die Lehren aus diesen Debatten für DIE LINKE. Wir veröffentlichen hier eine Kurzfassung des Interviews.

Große Teile der Arbeiterklasse geben heute der Rechten ihre Stimme. Für Eribon hat das vor allem mit einem Verlust der Klassenidentität zu tun. Überzeugt dich das?

Nein. Eribon beschreibt ja in Ansätzen, wie aus einer „politisch befestigten Arbeiterbewegung“ eine wurde, der es an Stolz, Selbstvertrauen und – das ist wichtig – wirksamen Instrumenten fehlt, die eigenen Interessen durchzusetzen. Er nennt da nicht zuletzt die Abwendung der Linken von der Arbeiterklasse. Fehlende Repräsentation durch die Linke zum Problem zu machen, halte ich für richtig. In der soziologischen Forschung spricht man etwa von einer „populistischen Lücke“.

Weil traditionell linke Parteien die Ansprüche der Arbeitenden nicht mehr vertreten?

Nicht nur das. Sondern auch, weil sie die Seiten gewechselt haben. Für die Sozialdemokratie ist das ganz einfach nachzuvollziehen, da sie als modernisierte Marktsozialdemokratie die Neoliberalisierung mit vorangetrieben haben. Das ist aber nur die eine Seite. Seit Anfang der 1990er ist ja auch ein breites Spektrum neuer Linksparteien entstanden, z.B. DIE LINKE in Deutschland. Die alten Linksparteien als Klassenparteien ersetzen konnten sie aber alle nicht. Die Frage lautet also: Warum hat es die Linke jenseits von Sozialdemokratie und den alten Kommunistischen Parteien nicht geschafft, eine mobilisierende Klassenpolitik zu erfinden? Deshalb reicht es auch nicht, wenn wir auf die „populistische Lücke“ verweisen, die durch die Rechtsentwicklung alter Linksparteien entstanden ist.

Und worauf führst du das zurück?

Alte Solidarkollektive sind schlicht zerrissen, man denke an die Niederlagen der Arbeiterklassen im Ruhrgebiet. Gleichzeitig sind neue Sektoren der Klasse entstanden, allerdings unter sehr schwierigen Bedingungen, v.a. im Dienstleistungssektor aber auch an den flexiblen Rändern der Exportindustrie. Ich will hier keinen Niedergangsgesang anstimmen, aber wir haben eine Geschichte von sanften Niederlagen hinter uns und nur sehr wenige ausstrahlende Erfolgsbeispiele, die zeigen, dass wir gewinnen können. Weit verbreitet sind darum auch Resignation und Ohnmachtsgefühle. Aber es gibt auch Gegentendenzen.

Und an diese Resignation und Ohnmachtsgefühle setzen dann die Rechten an?

Da, wo Rechtspopulisten oder Postfaschisten die soziale Frage entdecken und stark machen, benehmen sie sich



Thomas Goes forscht am Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) Göttingen zu Kapitalismus, Arbeitsbeziehungen und zum Bewusstsein von Lohnabhängigen. Vor kurzem veröffentlichte er gemeinsam mit Violetta Bock das Buch „Ein unanständiges Angebot“. Mit linkem Populismus gegen Eliten und Rechte“ im PapyRossa Verlag.



wie eine „Sozialdemokratie nur für Deutsche“ oder „nur für Franzosen“ oder „nur für Dänen“. Natürlich nicht in dem Sinne, dass sie sozialdemokratisch argumentieren. Aber sie predigen dann exklusive Solidarität. Das wirkt durchaus anziehend auf Menschen, die unter der Neoliberalisierung leiden. Dabei können sie an diverse neoliberale Versatzstücke anknüpfen, z. B. den Standortnationalismus, der dem kapitalistischen Wettbewerbsstaat innewohnt oder den antimuslimischen Rassismus, zu dem mit dem Krieg gegen den Terror durch die Zivilgesellschaft geblasen wurde. Mit anderen Worten: Man bricht ja gerade keine Tabus, wenn man Arbeitslose abwertet, wenn man für Arbeit zuerst für Deutsche ist oder wenn man gegen Muslime hetzt.

Bedeutet eine stärkere Orientierung auf die Arbeiterklasse, mehr über die soziale Frage zu sprechen und weniger über Feminismus, Ökologie, Rassismus und Krieg?

Nein. Ich wüsste auch nicht, wie eine nicht-feministische, eine nicht-antirassistische und eine nicht-ökologische Klassenpolitik uns weiterbringen könnten. Wenn Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund ausgebeutet werden, wie könnten wir dann keine feministische und auch antirassistische Klassenpolitik machen? Und ehr-

lich, wer heute kein Ökosozialist ist, hat schlicht nicht verstanden, dass es nicht die Frage ist, ob wir epochalen Natur- und Lebensmittelkrisen entgegenstreiten, sondern wieviel Zeit wir noch haben, das Schlimmste zu verhindern.

Wenn Linke von „Geringverdienern“ oder „sozial Schwachen“ statt von Arbeiter/innen und von „Reformen“ statt von Ausbeutung reden, machen sie Menschen zu passiven Opfern ohne kollektive Machtpotenziale. Brauchen wir wieder mehr Klassenkampfrhetorik?

Es kommt darauf an, was damit gemeint ist. Möglichst oft „Arbeiterklasse“ sagen, wird wohl nicht weiterhelfen. Damit aus einer „Klasse an sich“ eine politisch sich mobilisierende Klasse wird, braucht es aber natürlich Symbole und eine Sprache, die Würde, die Stolz und auch Stärke ausdrücken. Ein persönliches Beispiel: Dass ich mich nie dafür geschämt habe Kind angelernter Arbeiter zu sein, hat damit zu tun, dass ich sehr früh zwei Dinge beigebracht bekommen habe. Erstens: Arbeiter machen alles, was man sehen kann. Ohne sie gibt es keine Häuser, gibt es keine Autos, gibt es nichts. Zweitens: Nach oben bückt man sich nicht. Das ist ein ganz rudimentäres Klassenthos und darin wurzelt auch Klassenstolz.

Wie kann DIE LINKE darauf aufbauen? Eine intelligente Sprache, moderne Symbole und eine zuspitzende Kampagnenpolitik, die an dieses Klassenthos anknüpft und es in der Öffentlichkeit sichtbar machen, wären sehr wertvoll. Dabei klar zu machen, dass unser Gegner ein System ist, darin aber eine Ausbeuterklasse vom Elend anderer profitiert, schadet sicher nicht. Wir brauchen ein grundlegend anderes Gesellschaftsmodell und ein neues politisches System. DIE LINKE müsste sich als Kraft der radikalen Demokratisierung verstehen, die für die Interessen der Ausbeuteten kämpft.

Macht sie das nicht bereits?

Würde ich die inneren Diskussionen der Partei nicht kennen, dann würde ich meinen, sie wolle nicht etwas ganz Neues, sondern eine bessere Version vom Alten. Meléncions Forderung nach einer neuen Republik wirkt auf mich radikaler als unser Plädoyer für einen demokratischen Sozialismus, der eh nicht auf der Tagesordnung steht und zu dem wir uns gemeinsam etwa mit SPD und Grünen auch nicht auf den Weg machen können. Ich kenne natürlich die Stimmen, die sagen, dass wir die Menschen ebenfalls verlieren, wenn wir keine realistische Machtoption entwickeln. Das ist auch richtig. Nur halte ich eine Koalition mit der SPD und Grünen zwar für machbar, aber nicht für ein realistisches Mittel, um Umverteilung und Demokratisierung – um das Mindeste zu sagen – auf den Weg zu bringen.

Wie sieht die Alternative aus?

Wenn DIE LINKE Partei der arbeitenden Klassen sein will, dann reicht ihr größtenteils richtiges Programm nicht aus. In unserem neuen Buch „Ein unanständiges Angebot? Mit linkem Populismus gegen Eliten und Rechte?“ geben wir eine ausführlichere Antwort auf deine Frage. Hier nur so viel: DIE LINKE müsste eine starke Kraft der Organisation von lokaler Gegenmacht werden: 60 Prozent Energie auf die Arbeit vor Ort, 20 Prozent interne Arbeit (Bildungsarbeit, um Mitglieder zu fördern), 20 Prozent auf die parlamentarische Arbeit. Ich muss wohl niemandem sagen, dass es eine innerparteiliche Kulturrevolution bräuchte, um zu einer solchen Arbeitsweise zu kommen.

Die Fragen stellte Martin Haller, Redakteur der Zeitschrift marx21

Das komplette Interview kann hier gelesen werden:





Die Broschüre ist Resultat der Diskussionen in der AG Reformalternativen „gute Arbeit“ des Parteivorstandes und der Diskussion im Arbeitskreis linke Gewerkschaftspolitik. Sie kann ab 1. September 2017 im VSA-Verlag als Supplement der Zeitschrift Sozialismus bestellt werden.

Elmar Wigand

Jetzt schlägt's 13!

Deutsches Rotes Kreuz, H&M und Mercedes-Zulieferer nominiert

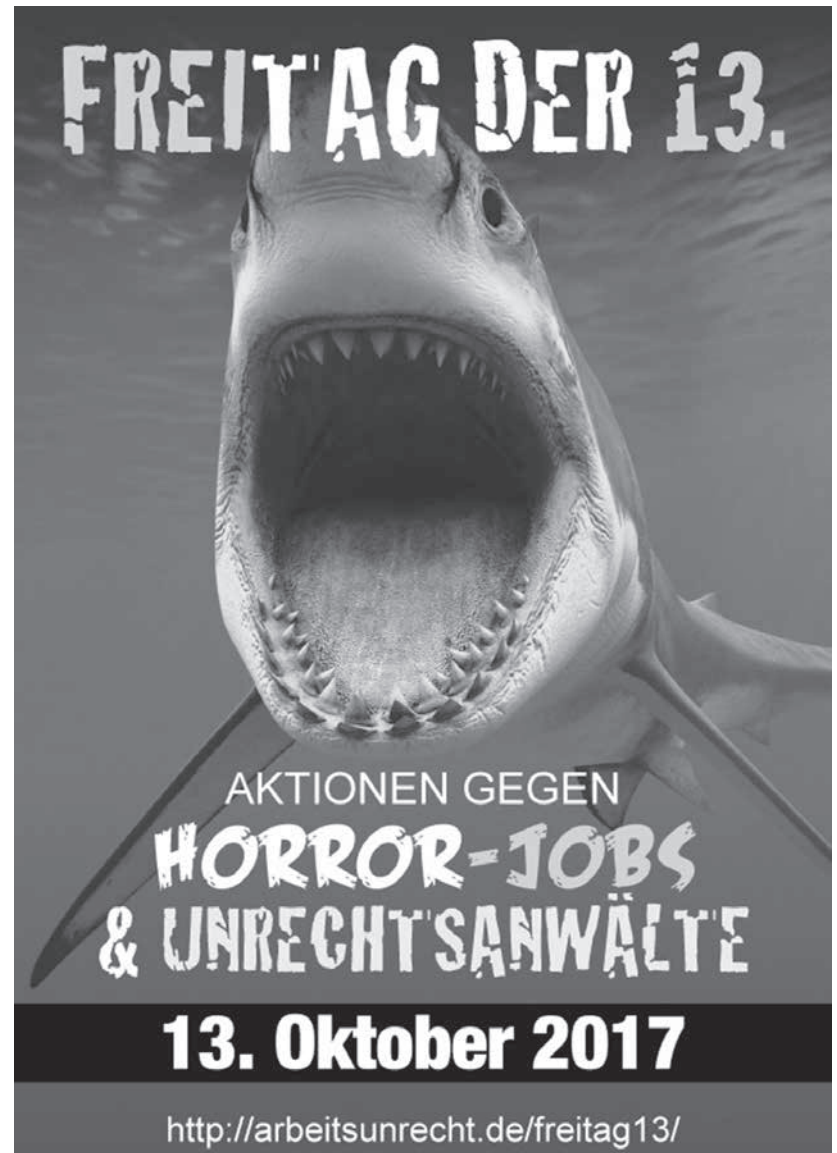
Die Initiative aktion./arbeitsunrecht e.V. macht den „Unglückstag“ Freitag, der 13. zum regelmäßigen Aktionstag gegen schikanöse Arbeitgeber. Denn der alltägliche Horror am Arbeitsplatz ist ständiger Begleiter vieler engagierter Kolleg/innen. Am 13. Oktober 2017 soll der Spieß zumindest für einen Tag umgedreht werden. Aus einer Vielzahl von Vorschlägen wurden drei Arbeitgeber ausgewählt, die unterschiedlicher kaum sein können. Wer beim Online-Voting die meisten Stimmen auf sich vereint, erhält am 13. Oktober 2017 Saures.

Unter dem Deckmantel der Nächstenliebe

Auf den ersten Blick ist das Deutsche Rote Kreuz (DRK) ein fürsorglicher Riese mit 164.000 Beschäftigten. Doch auf den zweiten Blick drückt und raubt das DRK Lohn und bekämpft Betriebsräte. In den Fokus rückten insbesondere DRK Rettungsdienste und DRK gGmbHs, die Flüchtlingsunterkünfte betreiben. So bekämpft der Kreisverband Oberlahn seit Monaten einen engagierten BR-Vorsitzenden mit juristischen Nachstellungen, die durch den berühmten Fertigmacher-Anwalt Peter Wallisch vorgetragen werden. Hintergrund des Konflikts: Das DRK Oberlahn schuldet den Rettungsfahrern und -sanitätern schätzungsweise über 2 Mio. Euro an Überstunden. Man will dieses Konto gern auf Null stellen. Der Betriebsrat weigert sich. Solche Formen von Lohnraub sind offenbar keine alleinige Spezialität des DRK Oberlahn, sondern gehören in verschiedenen DRK-Gliederungen zur Regel. Für negative Schlagzeilen sorgte das DRK auch als Betreiber von Flüchtlingsunterkünften: Die DRK Betreuungsdienste Westfalen-Lippe gGmbH jagte den Johannitern durch Preisdumping Aufträge ab, so dass 60 Betreuer in Oerlinghausen im April 2017 ihren Job verloren und durch Niedriglöhner ohne Tarifvertrag ersetzt wurden. In der Region Hannover wurde eine andere DRK gGmbH durch Heuern & Feuern, Schikanen und Betriebsratsbekämpfung bekannt.

Hauen und Stechen bei Mercedes-Zulieferer

Die Rotec Zerspanungs GmbH erscheint gegenüber dem DRK wie ein Zwerg. Im württembergischen Hermaringen arbeiten hier rund 150 Personen. Rotec ist einer von zahllosen Zuliefer-Betrieben, die von der deutschen Automobilindustrie planmäßig geschaffen wurden, um Fertigungsschritte auszulagern und die konkurrierenden Mittelständler beständig im Preis drücken zu können. Zum Schicksal dieser Betriebe gehört es, dass sie nicht als Teile eines größeren Ganzen gese-



Wer hat am Freitag, 13. Oktober Ärger verdient? Hier könnt ihr mitentscheiden:

Sweatshops in Bangladesch, juristisches Stalking in Deutschland

Hennes & Mauritz hat in Deutschland rund 18.000 Beschäftigte. Diese sind Teil einer weltweiten Produktions- und Vermarktungskette. Während H&M in Bangladesch von mittelalterlich anmutender Ausbeutung tausender Näherinnen in Zulieferbetrieben profitiert, bekämpft das Management in Deutschland gewerkschaftlich organisierte Betriebsratsmitglieder durch examinierte Fertigmacher in Nadelstreifen: Die internationale Großkanzlei DLA Piper versucht durch juristische Nachstellungen und fingierte Kündigungsgründe BR-Mitglieder zu zermürben. Gewerkschaftlich aktive Beschäftigte leben durch Kettenbefristungen in ständiger Angst vor Kündigung.



Elmar Wigand, Mitbegründer der „aktion ./arbeitsunrecht“ und Redakteur des Blogs arbeitsunrecht.de

Ja, ich will

- ... regelmäßig die betrieb & gewerkschaft zugeschickt bekommen.

Ja, ich will mehr

- ... Informationen über die AG Betrieb & Gewerkschaft der Linken.

Nein!

- Ich will jetzt endlich mal Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Ja, ich möchte

- ... regelmäßig zu Veranstaltungen eingeladen werden und deshalb in der AG Betrieb & Gewerkschaft aktiv mitarbeiten

Name

Anschrift

E-Mail-Adresse

Gewerkschaft

Einsenden an DIE LINKE, AG Betrieb & Gewerkschaft, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

DIE LINKE.
& betrieb
gewerkschaft

wird herausgegeben vom Parteivorstand der Partei DIE LINKE, AG Betrieb & Gewerkschaft
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Bankverbindung:

Berliner Volksbank eG
IBAN: DE3810090005000600000

Telefon: (030) 24 00 96 73

Fax: (030) 24 00 94 80

E-Mail: ag.bg@die-linke.de

Layout: Michael Pickardt

Druck: Eversfrank Berlin GmbH

Erscheinungsweise: Drei Ausgaben im Jahr

Redaktion: Jan Richter, Jutta Nitsche
Gezeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren, nicht der Redaktion wieder.